



**VFwF e.V.**

Verein zur Förderung der  
wissenschaftlichen Forschung  
in der Freien Hansestadt Bremen e.V.

**Forschungsstelle Finanzpolitik**  
Senatsbeauftragter für überregionale Finanzbeziehungen

# **Wirtschaftskraft und Steuerverteilung der 16 Bundesländer**

Prof. Dr. Günter Dannemann  
Finanzstaatsrat a.D.

Vortrag

bei der Tagung der Steuerabteilungsleiter in der Handelskammer Bremen

**am 13. September 2004**



Einleitung: Dank für die Gelegenheit, vor kompetenter Fachrunde ein – wenig bekanntes – Grundproblem der bremischen Finanzen darstellen zu können.

**Vorurteil:** Bremen hängt am Tropf des Finanzausgleichs und ist nicht lebensfähig.

## **zu Folie 1**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst die innerhalb eines Wirtschaftsgebietes erbrachte wirtschaftliche Leistung, also alle während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen.

### ➤ Das BIP

- ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur,
- misst das Wohlstandsniveau von Ländern und Regionen auf EU-Ebene und ist Verteilungsmaßstab für die regionalen EU-Fördermittel,
- ist die zentrale Größe für Maßnahmen und Erfolg der Wirtschafts(-förderungs)politik des Bundes, der Länder und Gemeinden

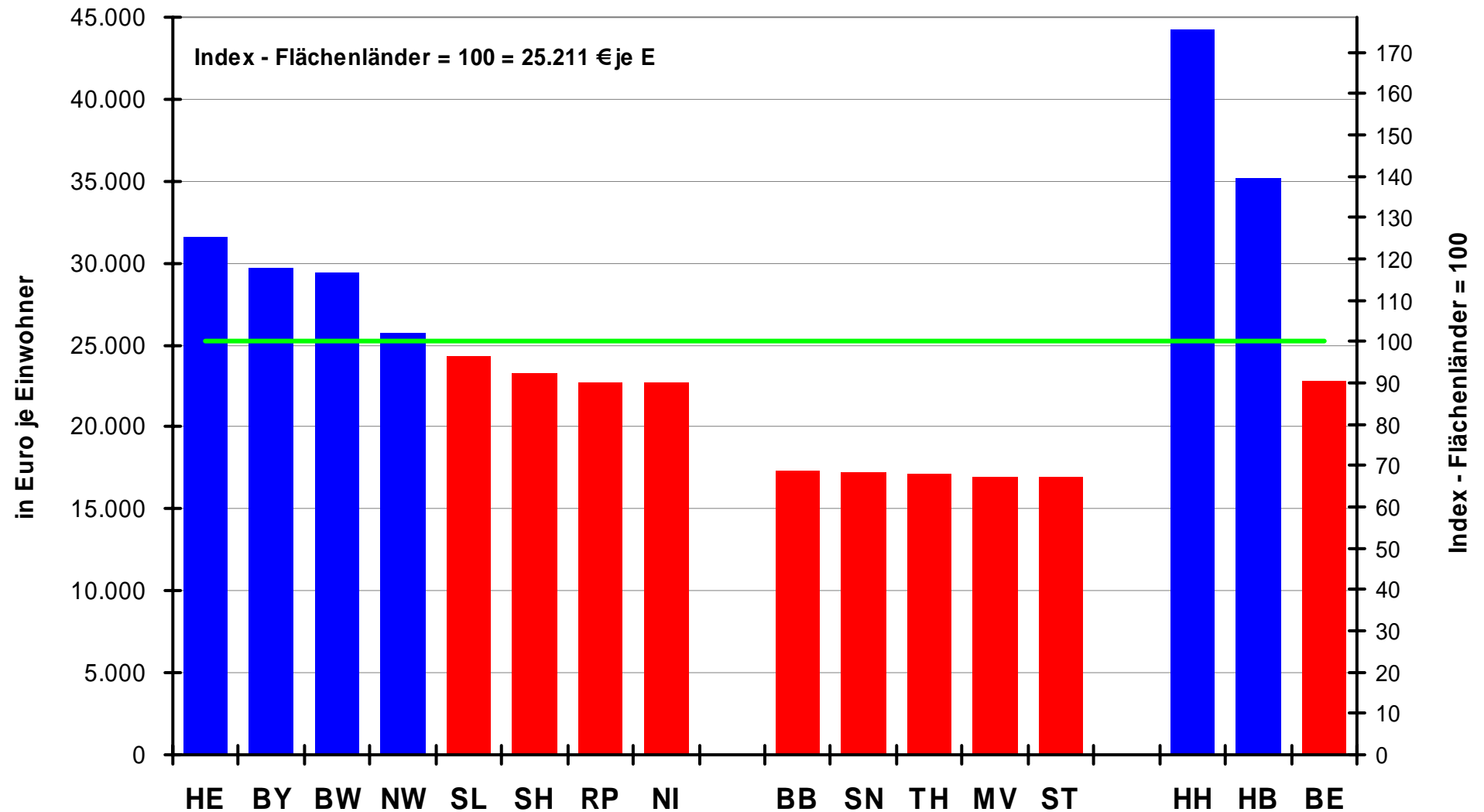
### ➤ Die 13 Flächenländer erwirtschafteten im Jahr 2002 rd. 25.200 Euro je Einwohner

- Nord-Süd-Gefälle bei den Westländern
- Ostländer (ohne Berlin) bei 68 % des Flächenländerdurchschnitts
- Stadtstaaten uneinheitlich
  - Hamburg: 176 %
  - Bremen: 140 %
  - Berlin: 90 %



**Folie 1**

**Bruttoinlandsprodukt (nom.) je Einwohner\* - 2002**



\*Einwohner am 30.06.2002

**Quelle:**

Arbeitskreis Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.



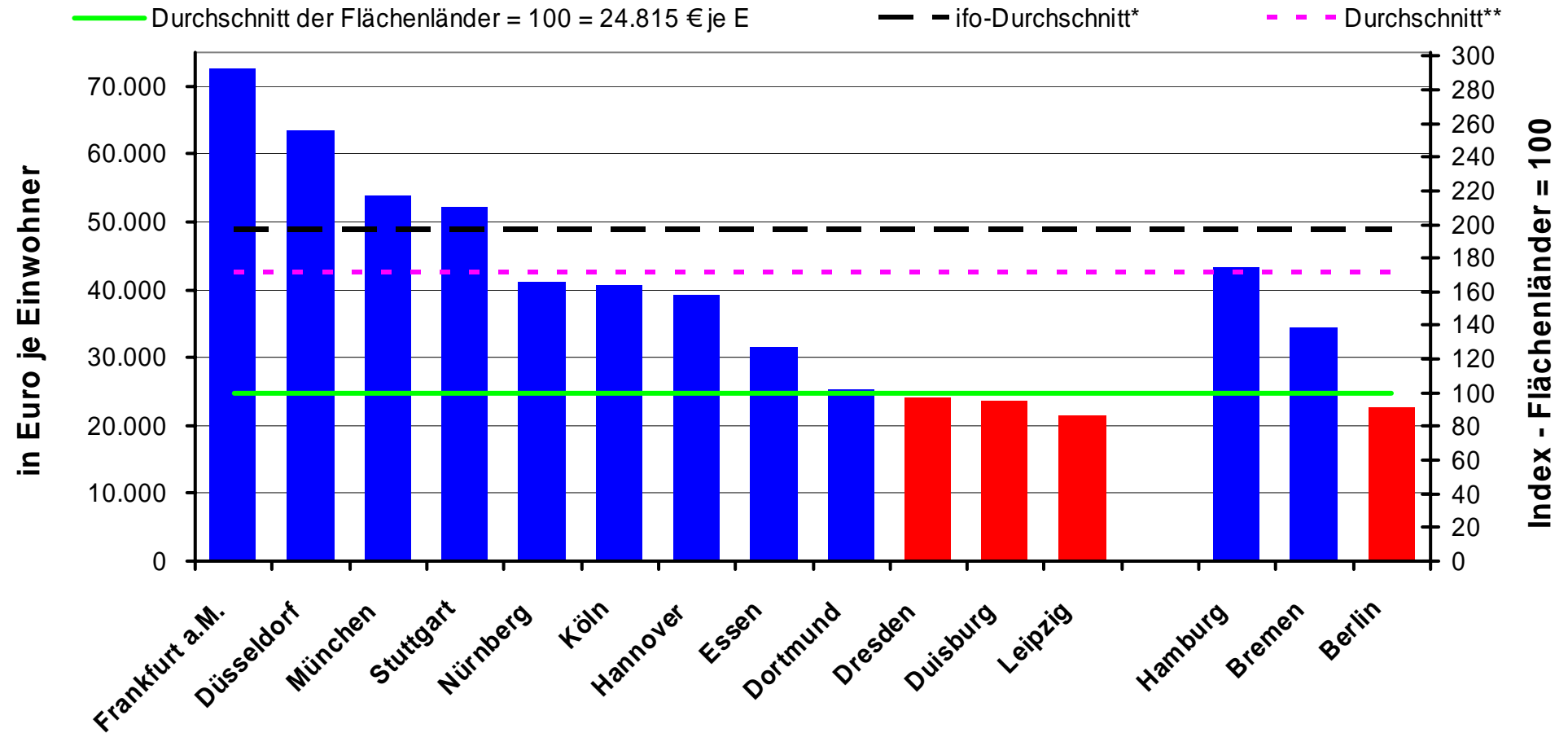
## zu Folie 2

- BVerfG 1986: „Es ist sachgerecht, die Andersartigkeit der Stadtstaaten gegenüber den Flächenstaaten im Länderfinanzausgleich zu berücksichtigen.“
  - 1992: „Stadtstaaten müssen die Aufgaben eines Bundeslandes erfüllen und sich zugleich Haupt- und Großstadtfunktionen erhalten können.“
  
- Gegenüber dem Durchschnitt der 13 Flächenländer (FL)
  - erwirtschaften die 12 deutschen Großstädte in den FL 172 % (die 9 ifo-Städte sogar 197 %),
  - reicht die Bandbreite von 293 % (Frankfurt a.M.) bis 86 % (Leipzig),
  - liegt Hamburg im Großstadtdurchschnitt (5. Platz),
  - Bremen vor den Ruhrgebietsstädten und deutlich hinter den anderen westdeutschen Großstädten (8. Platz),
  - Berlin am unteren Ende der Skala (11. Platz) mit sinkender Tendenz.



**Folie 2**

## Bruttoinlandsprodukt (nom.) je Einwohner in Großstädten - 2001



Für die Stadtstaaten und "Flächenländer" Einwohner am 30.06., Rest: Einwohner im Jahresdurchschnitt.

\* ifo-Durchschnitt = Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln, München, Stuttgart zu 100% und Dortmund, Duisburg, Essen zu 50%.

\*\* Alle Großstädte zu 100%, ohne Stadtstaaten.

Quelle:

Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Stand August 2003/ Februar 2004.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder - Statistik regional 2003.



## zu Folie 3

Im Jahr 2002 beanspruchte der deutsche Staat aus einem BIP von 2,11 Billionen Euro 442 Mill. Euro an Steuern (Steuerquote 20,9 %).

Die Länder (einschließlich Gemeinden) erhielten davon 208,4 Mill. Euro. Nach Zerlegung (Lohnsteuer, Körperschaftssteuer, Zinsabschlagssteuer) und Umsatzsteuerverteilung ergibt sich die dargestellte Verteilung auf die 16 Länder.

Diese originären Steuereinnahmen (das „Eigene“) sind dann die Ausgangsbasis für den folgenden Länderfinanzausgleich.

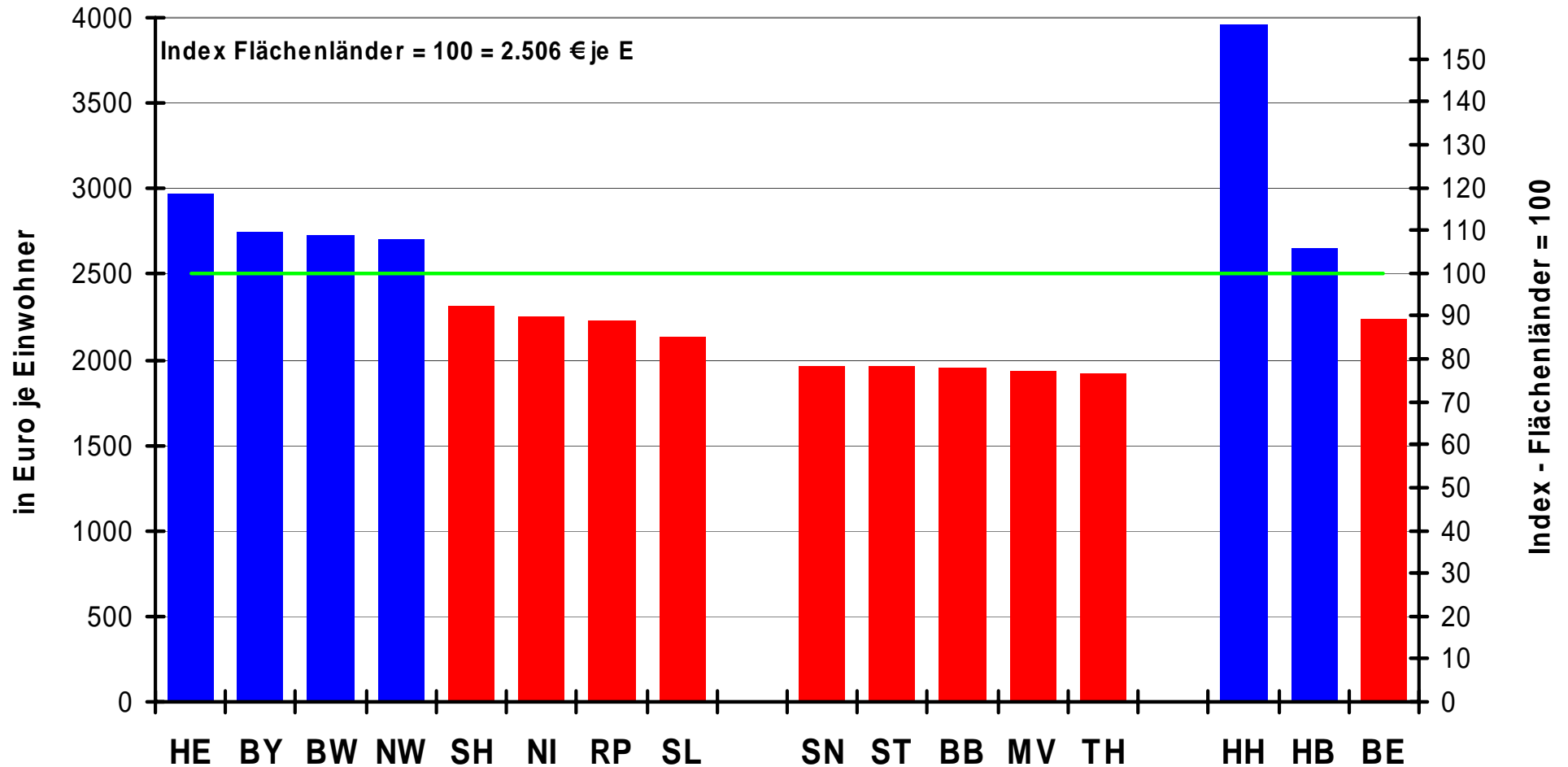
Gemessen am Durchschnitt der Steuereinnahmen der Flächenländer von 2.506 Euro je Einwohner

- gibt es drei Gruppen von Flächenländern:
  - ➔ finanzstarke,
  - ➔ finanzschwache westdeutsche,
  - ➔ finanzschwache ostdeutsche,
  
- bieten die Stadtstaaten ein sehr uneinheitliches Bild:
  - ➔ Hamburg: 158 %
  - ➔ Bremen: 106 %
  - ➔ Berlin: 89 %.



**Folie 3**

**Originäre Steuereinnahmen je Einwohner\* - 2002**



\* Einwohner am 30.06.2002

**Quelle:**

Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2 (Tab. 4.3), 2003.



## **zu Folie 4**

Die Gegenüberstellung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (BIP) und den daraus resultierenden Steuereinnahmen der Länder (einschließlich Gemeinden) zeigt, dass beide Größen z.T. erheblich auseinanderklaffen.

Die originären (eigenen) Steuereinnahmen

- sind in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Hamburg und Bremen deutlich geringer als es dem BIP entspricht,
- entsprechen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Berlin dem BIP und
- sind in Nordrhein-Westfalen und insbesondere den neuen Bundesländern deutlich höher als es dem BIP entspricht.

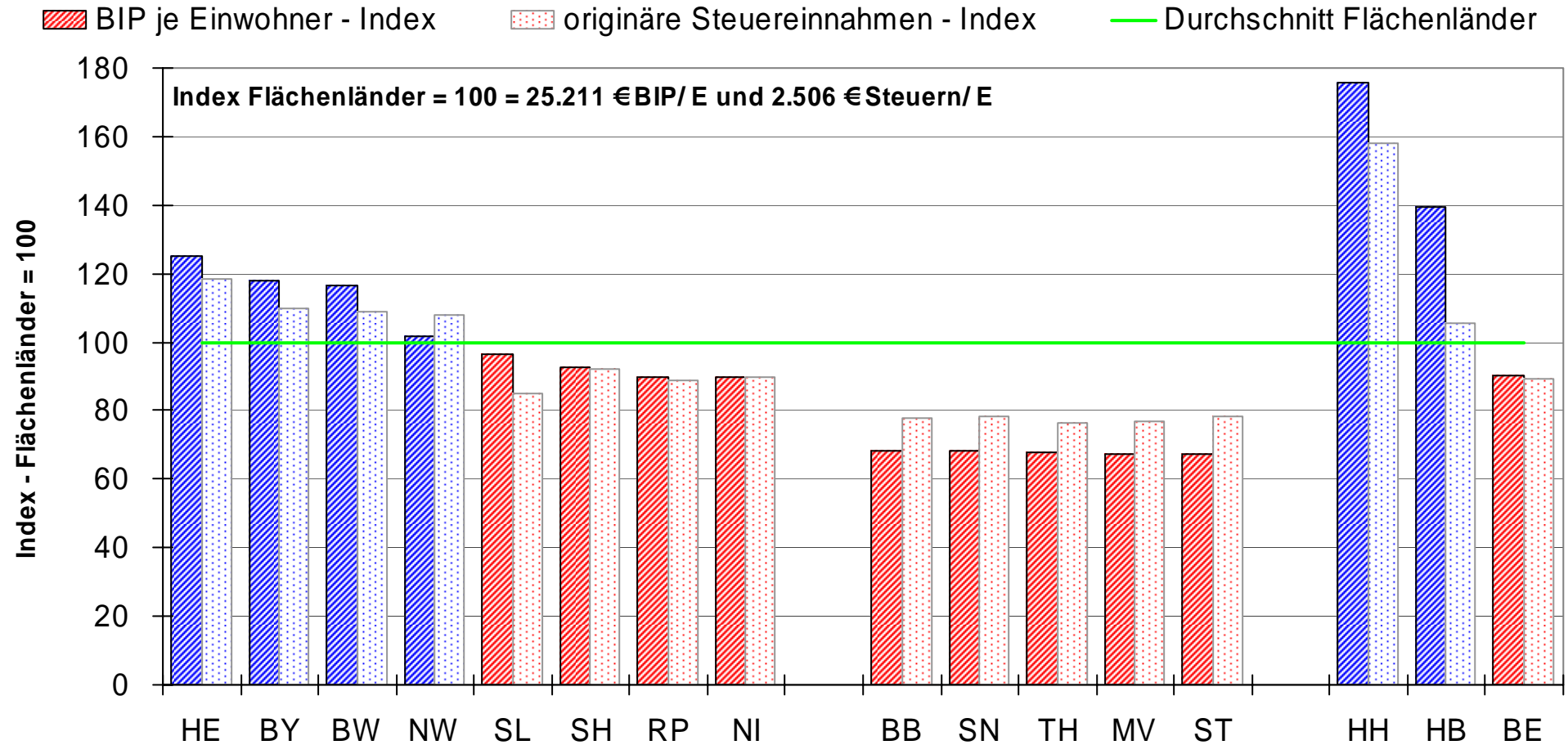
Vor dem eigentlichen Länderfinanzausgleich wird bereits eine massive Umverteilung der Steuern zwischen den Ländern vorgenommen.





**Folie 4**

**BIP und originäre Steuereinnahmen je Einwohner\* - 2002**



\* Einwohner am 30.06.2002

**Quelle:**

Arbeitskreis Volkswirtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.  
Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2 (Tab. 4.3), 2003.



## zu Folie 5

Bei der Verteilung der originären Steuereinnahmen nach dem Maßstab BIP würden gegenüber der geltenden Steuerverteilung

- Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Berlin kaum betroffen sein,
- Nordrhein-Westfalen und insbesondere die ostdeutschen Flächenländer deutlich verlieren,
- die finanzstarken Südländer merklich gewinnen,
- das Saarland noch merklicher gewinnen,
- Hamburg und insbesondere Bremen am massivsten profitieren.

Die beiden „Finanzausgleiche“ vor dem eigentlichen Länderfinanzausgleich,

- der Umsatzsteuervorwegausgleich und
- die Lohnsteuererlegung nach dem Wohnsitzprinzip

sorgen dafür, dass der Stadtstaat Bremen zunächst arm gerechnet wird. Anschließend erhält Bremen Zuweisungen aus dem LFA und Fehlbetrags-BEZ in fast der gleichen Höhe.

Bei Verteilung der originären Steuern nach dem BIP wäre Bremen im LFA **GEBERLAND**.

(Die Folien 5a bis 5d visualisieren Folie 5.)



**Folie 5**

<b>Steuerverteilung nach Bruttoinlandsprodukt je Einwohner - 2002</b>																	
	HE	BY	BW	NW	SL	SH	RP	NI	BB	SN	TH	MV	ST	HH	HB	BE	gesamt
	in Euro je Einwohner (am 30.06.)																
<b>BIP - nominal</b>	31.564	29.727	29.390	25.694	24.329	23.298	22.656	22.655	17.273	17.249	17.113	16.932	16.916	44.253	35.186	22.748	25.588
<b>tats. originäre Steuereinnahmen</b>	2.968	2.748	2.731	2.704	2.134	2.310	2.225	2.248	1.954	1.966	1.916	1.926	1.962	3.957	2.650	2.235	2.527
<b>Steuereinnahmen nach BIP</b>	3.117	2.935	2.902	2.537	2.402	2.300	2.237	2.237	1.706	1.703	1.690	1.672	1.670	4.369	3.474	2.246	2.527
	<b>Zugewinne (+) und Verluste (-) bei Verteilung nach BIP/ E gegenüber tatsächlicher Verteilung</b>																
	in Euro je Einwohner (am 30.06.)																
<b>insgesamt</b>	<b>148</b>	<b>188</b>	<b>170</b>	<b>-167</b>	<b>268</b>	<b>-10</b>	<b>12</b>	<b>-11</b>	<b>-249</b>	<b>-263</b>	<b>-226</b>	<b>-255</b>	<b>-292</b>	<b>413</b>	<b>824</b>	<b>11</b>	<b>0</b>
<b>davon:</b>																	
<b>Umsatzsteuer</b>	308	252	242	129	-89	56	8	-10	-746	-824	-831	-847	-837	695	418	-70	0
<b>Lohnsteuer</b>	-200	-13	-43	-83	96	-41	-31	17	130	221	213	242	227	275	399	-66	0
<b>Restliche Steuern</b>	39	-51	-29	-214	261	-25	36	-18	368	339	392	351	318	-557	6	147	0

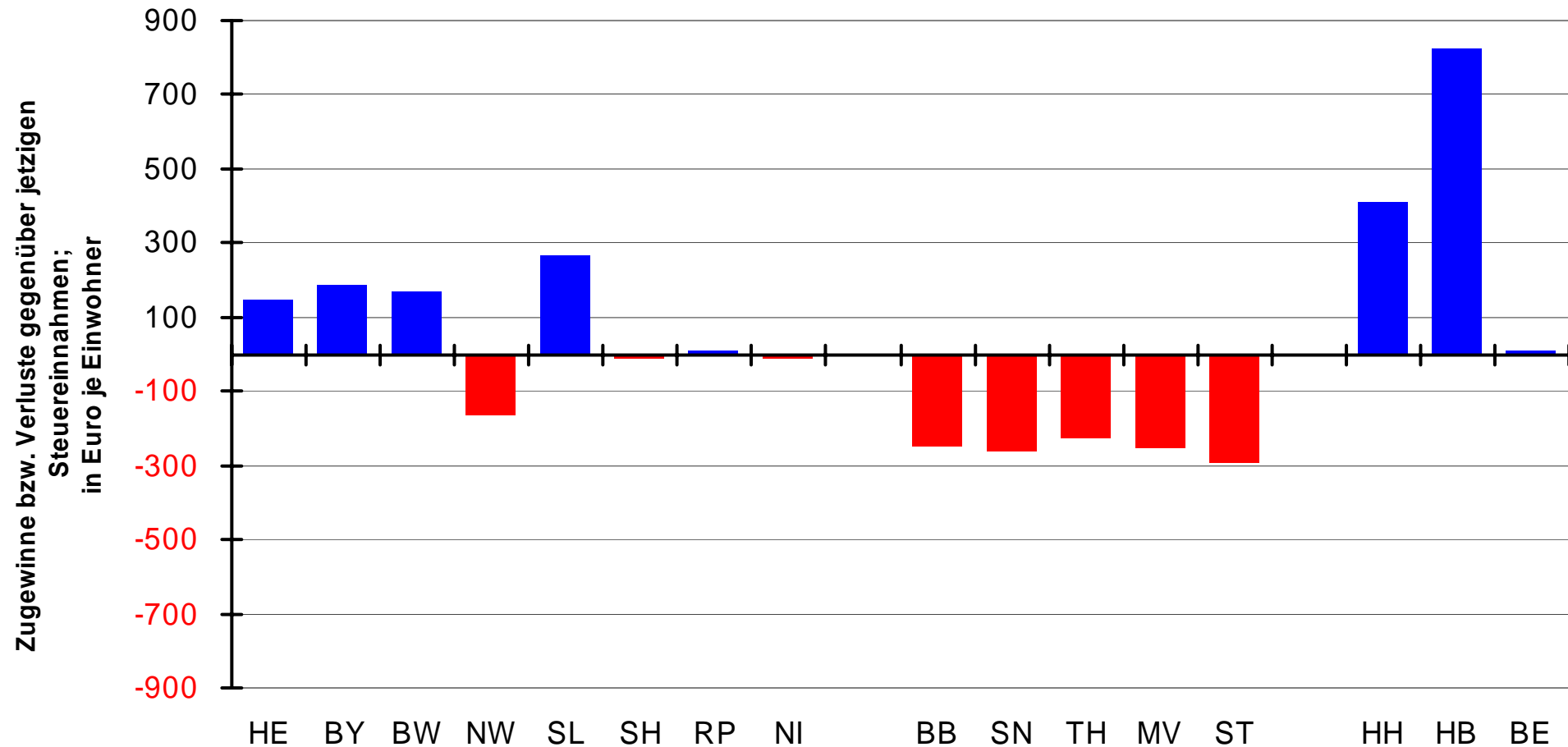
**Quelle:**

Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes, endgültige Abrechnung, BMF, 2002.  
Arbeitskreis Volkswirtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.  
Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2 (Tab. 4.3), 2003.



**Folie 5a**

**Verteilung der originären Steuereinnahmen nach Bruttoinlandsprodukt  
(nom.) je Einwohner\* - 2002**



\* Einwohner am 30.06.2002

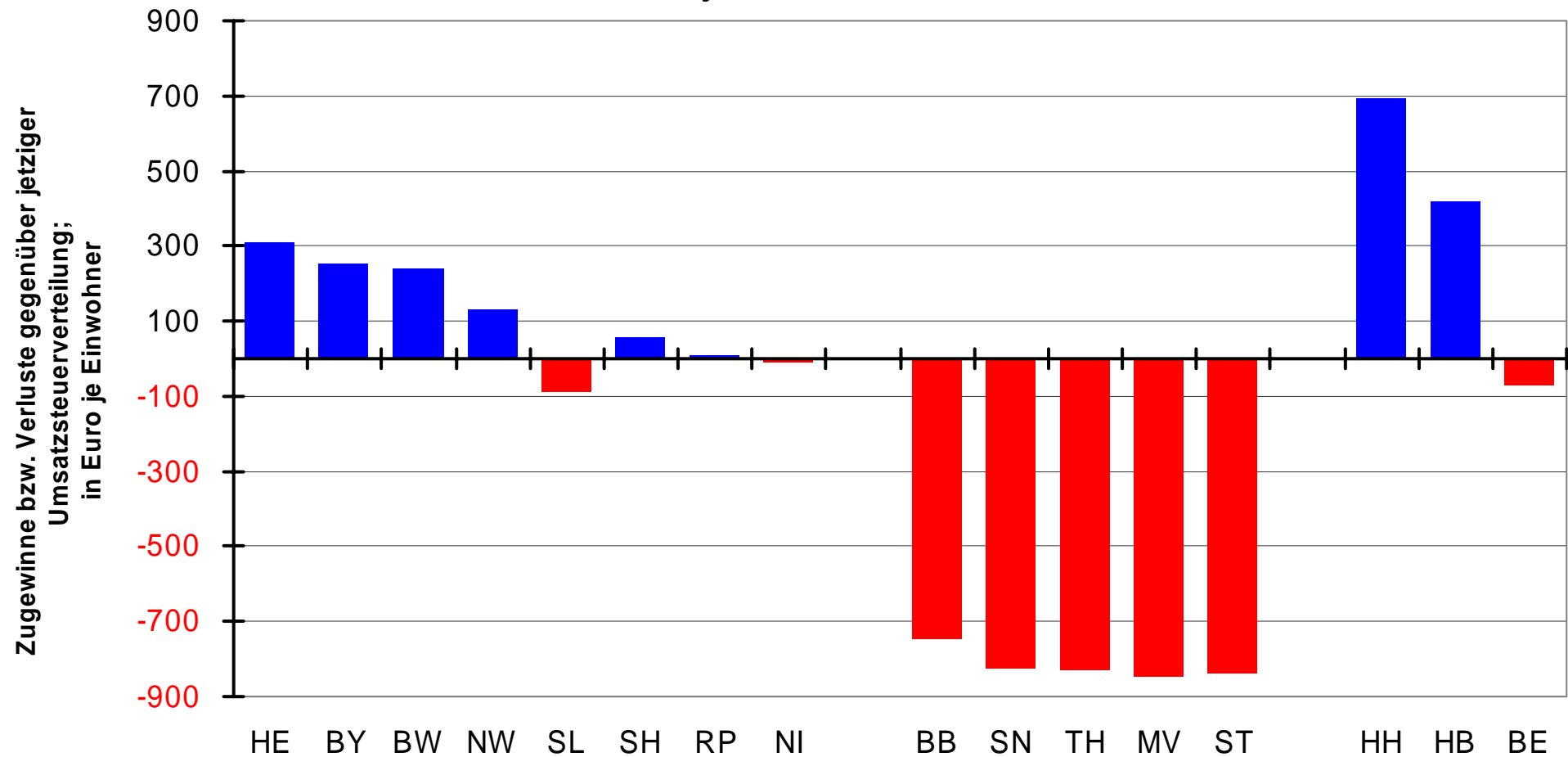
**Quelle:**

Arbeitskreis Volkswirtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.  
Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2 (Tab. 4.3), 2003.



**Folie 5b**

## Verteilung der Umsatzsteuereinnahmen nach Bruttoinlandsprodukt (nom.) je Einwohner\* - 2002



\* Einwohner am 30.06.2002

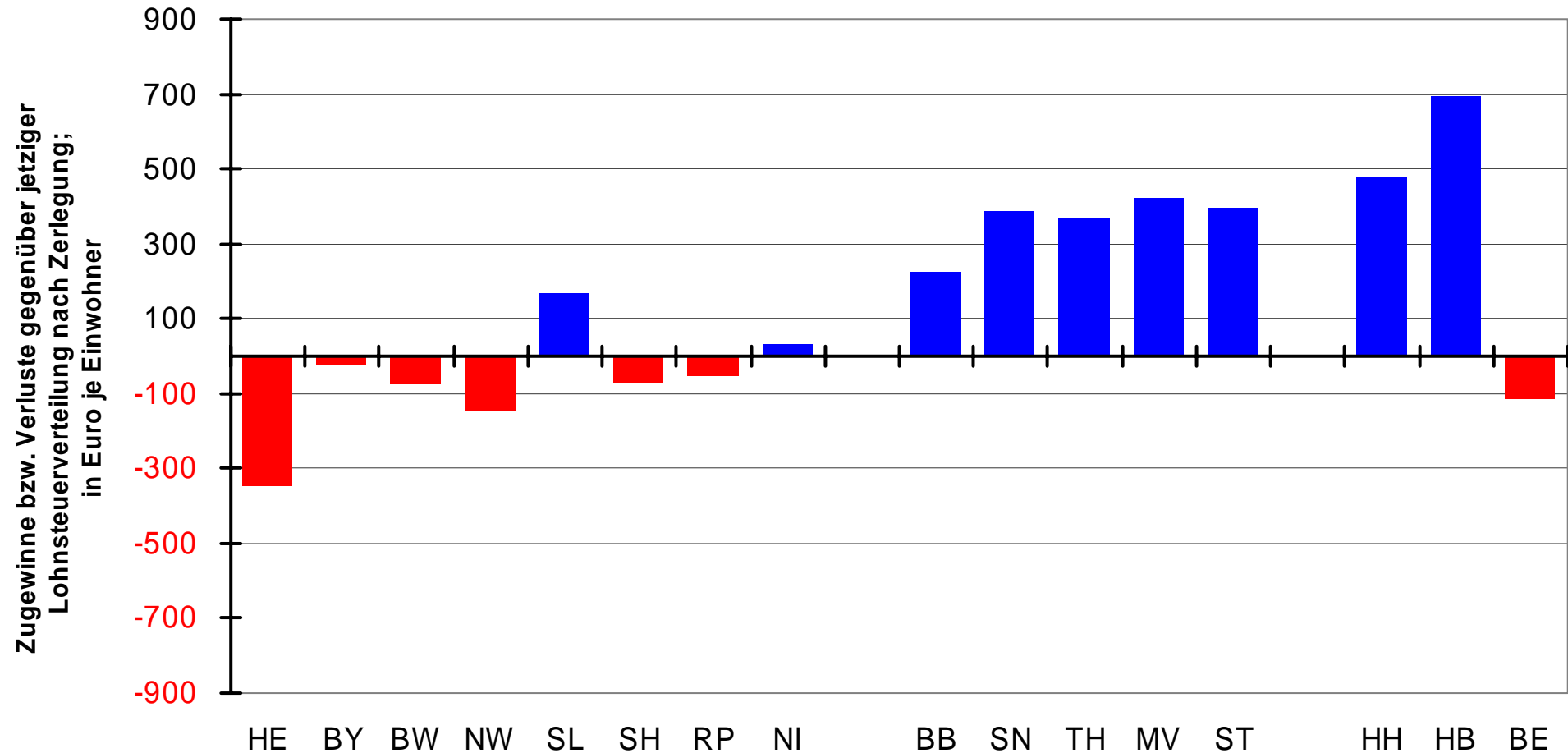
**Quelle:**

Arbeitskreis Volkswirtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.  
Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes, endgültige Abrechnung, BMF, 2002.



**Folie 5c**

## Verteilung des Lohnsteueraufkommens nach Bruttoinlandsprodukt (nom.) je Einwohner\* - 2002



\* Einwohner am 30.06.2002

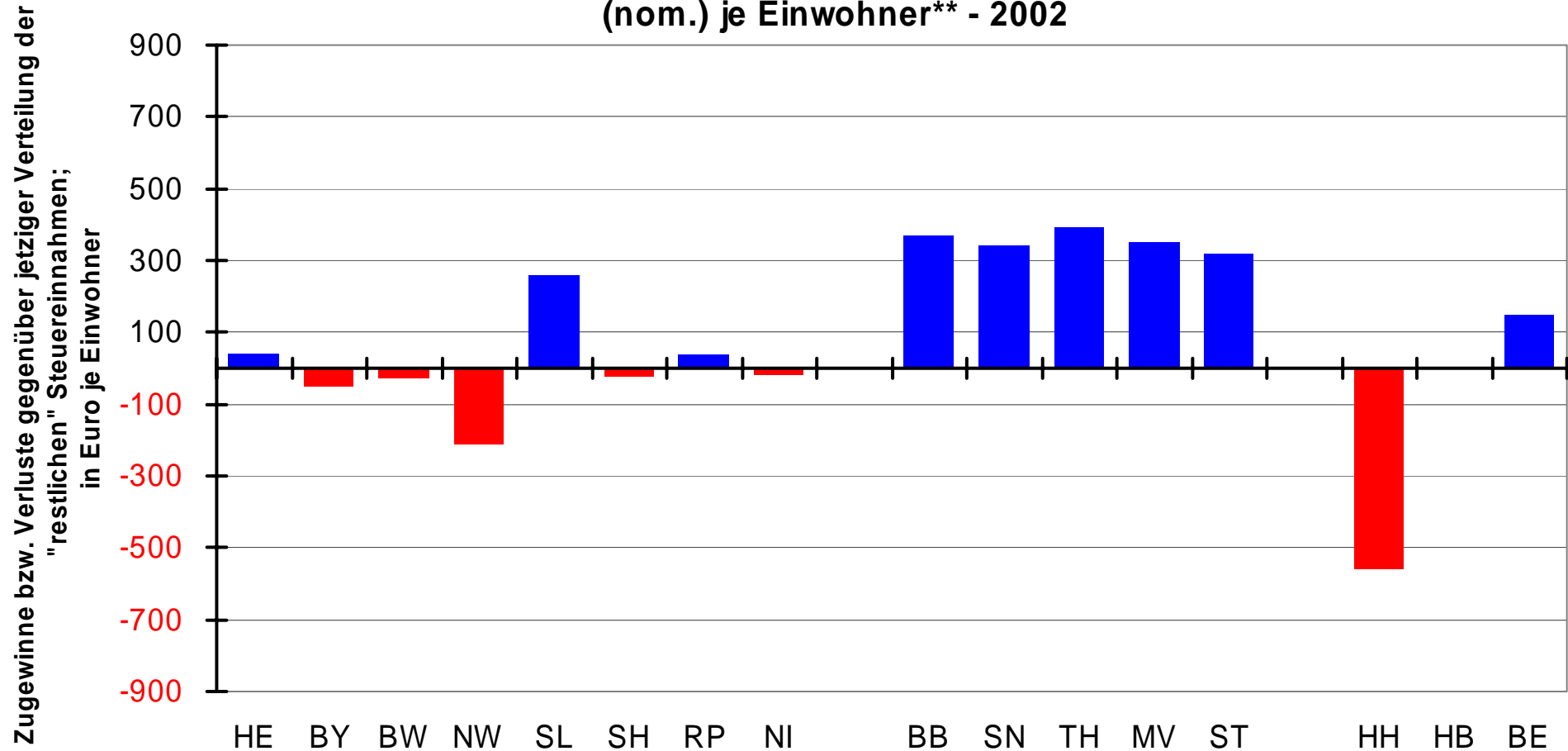
**Quelle:**

Arbeitskreis Volkswirtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.  
Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes, endgültige Abrechnung, BMF, 2002.



**Folie 5d**

### Verteilung der "restlichen" Steuereinnahmen\* nach Bruttoinlandsprodukt (nom.) je Einwohner\*\* - 2002



\* Originäre Steuereinnahmen abzüglich Lohnsteuereinnahmen und Umsatzsteuereinnahmen.

\*\* Einwohner am 30.06.2002

**Quelle:**

Arbeitskreis Volkswirtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes, endgültige Abrechnung, BMF, 2002.

Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2 (Tab. 4.3), 2003.



## zu Folie 6

- Der Prozess des zunehmenden Auseinanderklaffens von Wirtschaftskraft und Finanzkraft im Falle Bremens begann mit der Finanzreform 1970. Nach meiner Auffassung hat die Schere heute ein verfassungswidriges Ausmaß angenommen.
- Es ist aberwitzig, wenn Bremen auf den Vorstufen der Umsatzsteuerverteilung und der Lohnsteuererlegung mehr weggenommen wird als über den LFA zugeführt wird. (Bundesfinanzminister Eichel am 16.02.2004 in Bremerhaven: „Bremen wird ärmer gerechnet, als es tatsächlich ist.“)
- Die massiven Anstrengungen in der regionalen Wirtschaftsförderung, die Bremen aufgrund des mit dem Bund vereinbarten Sanierungsprogramms seit Jahren unternimmt, schlagen sich zwar in einem gerade in den letzten Jahren überdurchschnittlichen Anstieg des BIP nieder, kaum merkbar jedoch in den originären Steuereinnahmen Bremens. Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen haben auf Länderebene in dieser Republik wenig miteinander zu tun. Leistungssteigerung lohnt sich jedenfalls hinsichtlich der originären Steuereinnahmen nicht.
- Eine leistungsbezogene Steuerverteilung nach dem BIP würde Bremen nicht aus seiner nach wie vor anhaltenden extremen Haushaltsnotlage herausführen. Höhere eigene Steuereinnahmen würden kompensiert durch geringere Finanzausgleichszuweisungen (kommunizierende Röhren).

**Aber:** Als Geberland hätte Bremen eine optisch erheblich bessere Verhandlungsposition!

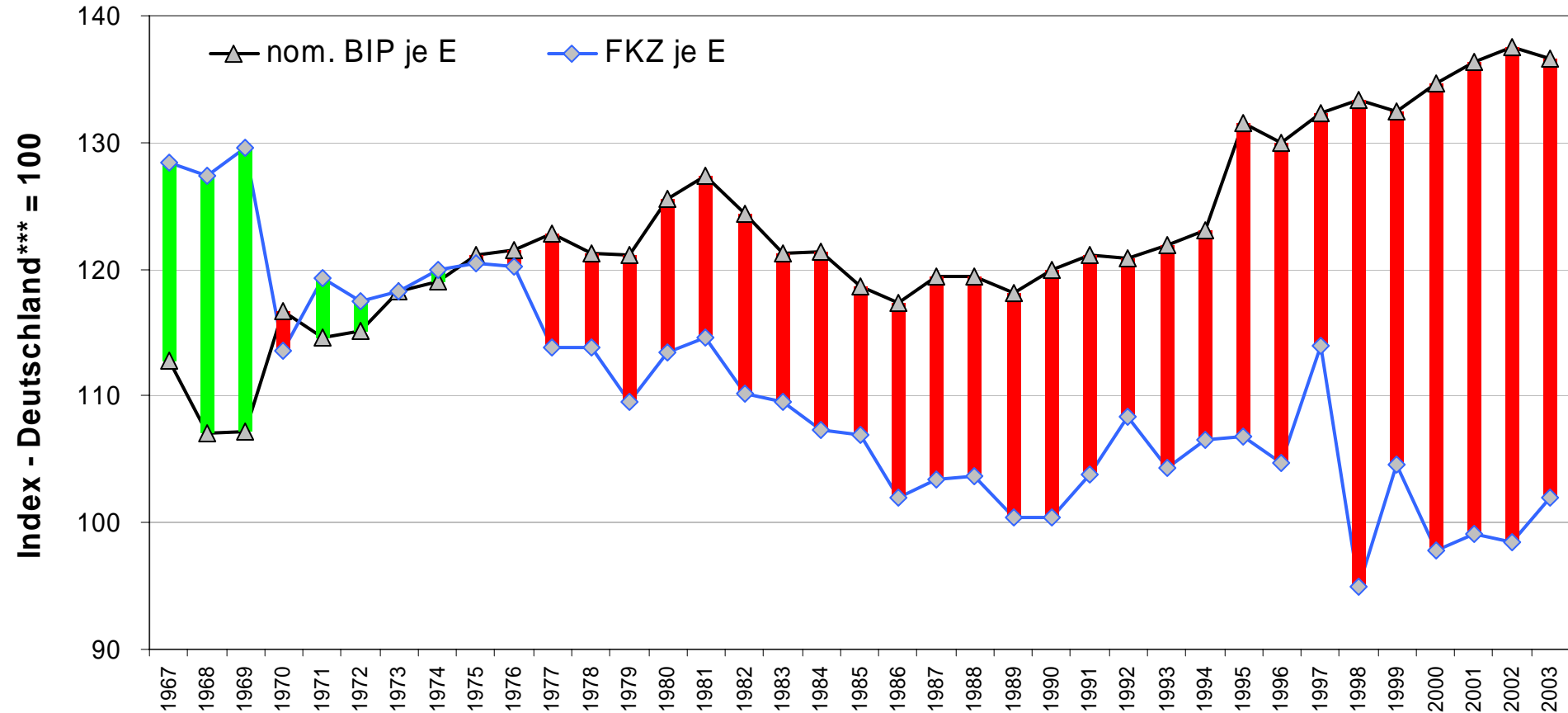
Eine Verteilung der originären Steuereinnahmen der Länder (einschl. Gemeinden) nach dem BIP wäre nicht nur ein bedeutender Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung, sondern würde den Erfolg der Länder im Wettbewerb um die beste Wirtschaftsförderung unmittelbar sichtbar werden lassen.





Folie 6

Wirtschaftskraft\* und Finanzkraft\*\* Bremens



\* 1967 - 1969: eigene Berechnungen -> Umbasierung der Daten 1967-1969 aus "Statistisches Jahrbuch 1974, 1975 und 1977; Stat. Bundesamt" anhand der Abweichungen der Zahlen der Stat. Jahrbücher für 1970-1972 gegenüber den Rückrechnungsergebnissen des "Arbeitskreises VGR" für 1970-1972.

\*\* Ohne Abzug von Sonderlasten.

\*\*\* bis 1994 ohne Berlin und "Neue Länder"

**Quelle:**

Arbeitskreis Volksw. irtl. Gesamtrechnungen der Länder Stand August 2003/ Februar 2004

2. Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes für das jeweilige Ausgleichsjahr (endgültige Abrechnung), BMF. (2003 vorläufige Zahlen)